



Foto: Jürgen Wagner

Kein zusätzliches Geld

Nach Verteidigungsminister Thomas Starlinger ließ nun auch Justizminister Clemens Jabloner über Medien aussprechen, dass das Geld an allen Ecken und Enden fehlt. Doch weder für das Heer noch für die Justiz wird die Übergangsregierung mehr Geld locker machen. Diese sei angestrebt, um zu verwalten, und nicht, um Änderungen am Budget vorzunehmen. Das stellte Regierungssprecher Alexander Winterstein bei seinem gestrigen Medienbriefing klar. Weil durch das Zerbrechen der türkis-blauen Bundesregierung kein neues Budget ausverhandelt werden konnte, muss nun also das Budget von 2019 für 2020 fortgeschrieben werden.

➤ Greenpeace will vor Gericht ziehen

Österreich

Das Megathema Klimaschutz ist derzeit eines der wichtigsten Wahlkampfthemen. Auch Umweltorganisationen nutzen die Gunst der Stunde, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Greenpeace kündigte nun sogar eine Klage gegen klimafeindliche Gesetze an. Damit steht Österreich erstmals eine Klima-Klage ins Haus.

Bald schon wird sich auch der Verfassungsgerichtshof mit dem Klimaschutz und dem Klimawandel beschäftigen müssen. Noch im Herbst will die Umweltorganisation Greenpeace dort eine Klage gegen klimaschädliche Gesetze einreichen. Damit ist erstmals auch Österreich mit einer Klima-Klage konfrontiert. Die rechtlichen Schritte bereitet Greenpeace derzeit gemeinsam mit dem Ökobilro vor. Ziel: das heimische Recht klimafreundlicher zu gestalten und die Bevölkerung vor Schäden durch die Erderhitzung zu schützen.

Wir brauchen in Österreich Gesetze, die uns vor der Klimakrise schützen. Das werden wir jetzt einklagen.

Greenpeace-Geschäftsführer Alexander Egit

„Die Klimakrise ist auch eine Krise der Grund- und Menschenrechte. Angesichts dieser schützt die aktuelle Gesetzeslage unsere Grundrechte, wie zum Beispiel das Recht auf Leben und Gesundheit, nicht ausreichend“, erklärt Anwältin

➤ Kampfansage gegen klimafeindliche Gesetze ➤ Erste Regierung verurteilt

steht Klima-Klage ins Haus

Michaela Krömer. Daher bestehe auch juristischer Handlungsbedarf. Einbringen will Greenpeace die Klage rechtzeitig vor der Nationalratswahl Ende September. Sollte diese erfolgreich sein, bedeutet das, dass klimafeindliche Gesetze geändert werden müssen oder nicht mehr in Kraft treten dürfen.

Gerichtsprozesse in mehreren Ländern

Greenpeace ist übrigens auch in anderen Ländern an Klima-Klagen beteiligt. Derzeit laufen dazu Gerichtsprozesse in Deutschland, Norwegen und in der Schweiz. In den Niederlanden war eine derartige Klage bereits erfolgreich. Die dortige Regierung wurde aufgrund mangelnden Klimaschutzes verurteilt. SAS



Foto: Jürgen Wagner - fotok, anibee.com

Nur eine Folge des Klimawandels: Die Temperaturen steigen jedes Jahr.

➤ Kurz feiert und geht wandern ➤ Rendi-Wagner unterwegs

Was die Parteien alles unter Nicht-Wahlkampf verstehen

Nein, der Wahlkampf hat noch nicht begonnen – das trommeln die Parteien, seit fest steht, dass es Neuwahlen gibt und sie auf Stimmenfang sind. Wie das aussieht? ÖVP-Chef Sebastian Kurz schmeißt ein Unterstützer-Fest und geht mit Fans wandern. Auch SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner ist fleißig in den Bundesländern unterwegs.

Die ÖVP freut sich, heute ein großes Unterstützer-Fest, am Sonntag startet er solidaritätswelle. Die Wähler hätten den Ibiza-Skandal und den Misstrauensantrag gegen die Regierung noch nicht vergessen, heißt es von den Türkinen. In der Werft Korneuburg (NÖ) feiert Sebastian Kurz Wahlkampf beginnt?



Sebastian Kurz geht auch heuer wandern

FRAGE DES TAGES

Klima-Gesetze bei Höchstgericht einklagen – der richtige Weg?

Ja	31%
Nein	69%

KRONE.AT-VOTING
24.355 TEILNEHMER, Stand 20 Uhr

EHRLICH GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT



Nunmehr sind die im Ibiza-Video erwähnten Verschleierungsmethoden sogar vom Nationalrat legalisiert.

➤ Deutschklassen

Im kommenden Schuljahr wird es wesentlich weniger Deutschklassen geben. Im Bildungsministerium geht man davon aus, dass nach 9800 Schülern im Schuljahr 2018/19 im Schuljahr 2019/20 nur 6300 Schüler eine Deutschförderklasse besuchen werden. Das entspricht einem Rückgang von rund einem Drittel.

➤ Parteifinanzien

Kanzlerin Brigitte Bierlein hat sich zwar für weitere Gespräche in Sachen Parteifinanzien ausgesprochen, eine Initiative der Regierung zur Reform des Parteiengesetzes soll es allerdings nicht geben. Das ließ das Kanzleramt nach einem Gespräch zwischen Bierlein und Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker wissen.

Stellungnahmen zu Gesetzesanträgen sind nicht möglich

Zahlreiche Beschlüsse, aber keine Begutachtungsphase

Seit dem Crash der türkis-blauen Regierung haben die Parlamentarier alles in der Hand: In ständig wechselnden Mehrheiten fassen sie einen Beschluss nach dem anderen. Das Parlament ist lebendiger denn je. Die Kehrseite davon ist, dass Gesetzesanträge nicht wie sonst üblich ein Begutachtungsverfahren durchlaufen.

Wie schon Regierungen vor ihr hat auch die mittlerweile zerbrochene türkis-blaue Koalition mehrmals Gesetze höchst trickreich nicht als Regierungsvorlage, sondern als Initiativantrag ins Parlament geschickt. Das nämlich hat den angenehmen Nebeneffekt, dass die sechswöchige Begutachtungsphase entfällt – dieser wird ein Gesetz nur bei Regierungsvorlagen, nicht aber bei Initiativanträgen unter-

fene und Organisationen nicht in der Form eingebunden werden, wie das bei Regierungsvorlagen der Fall ist“, kritisiert Parlaments- und Ex-ÖVP-Klubdirektor Werner Zögernitz. Er warnt auch vor „Schnellschüssen“ im Rahmen des sogenannten freien Spiels der Kräfte – diese könnten dazu führen, dass Anträge fehlerhaft oder gar verfassungswidrig sind. Die Folge: Die Gesetze müssen zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgehoben oder repariert werden.

Das sehen nicht alle positiv. „Der Hauptnachteil daran ist, dass Bürger, Betroffene und Organisationen nicht in der Form eingebunden werden, wie das bei Regierungsvorlagen der Fall ist“, kritisiert Parlaments- und Ex-ÖVP-Klubdirektor Werner Zögernitz. Er warnt auch vor „Schnellschüssen“ im Rahmen des sogenannten freien Spiels der Kräfte – diese könnten dazu führen, dass Anträge fehlerhaft oder gar verfassungswidrig sind. Die Folge: Die Gesetze müssen zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgehoben oder repariert werden.



Foto: Jantzen